

Gebühren steigern Studienanfängerzahlen

*Detlef Müller-Böling, Geschäftsführer
des Centrums für Hochschulentwicklung*

An den verschiedenen Argumenten lohnt es sich zu orientieren. Erstens: Die Hochschulen sind unterfinanziert. Das ist, glaube ich, unbestritten. Bestritten oder streitig ist jedoch bereits die Frage, wie diese Finanzierungslücke geschlossen werden kann. Einige meinen allein durch Reformen. Ich meine, dies wäre ein Irrglaube in dieser Republik. Wenn wir auf die finanzpolitischen Argumente kommen, dann wird bereits unmittelbar sehr deutlich, daß es von dem Modell abhängt,

ob es zu wirklichen Zuschüssen bei Hochschulen kommt oder nicht. Zuerst, unabhängig vom Modell, sprechen finanzpolitischen Argumente für Studiengebühren, hochschulpolitische Steuerungseffekte tun dies ebenfalls und die verteilungspolitischen passen sich ebenso ein. Umverteilung von Arm auf Reich, von unten nach oben würde ebenfalls für Studiengebühren sprechen. Dagegen stehen aber die bildungs- und die sozialpolitischen Argumente. Und hier bin ich 100prozentig mit

der nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerin Anke Brunn einig, die sagt, daß durch Studiengebühren nicht gehindert werden darf. Nicht nur nicht gehindert, sondern es darf auch keine Hürde psychologischer Art aufgebaut werden, weil wir in einer wissenschaftsbasierten Gesellschaft hochausgebildete, wissenschaftlich ausgebildete Menschen brauchen. Und auch da sind wir auch wieder bei dem Modell, denn die Frage ist jetzt: Gibt es Modelle, die weder psychologisch eine Hürde aufbauen, noch tatsächlich eine Hürde aufbauen, sozial schwache Gruppierungen vom Studium abzuhalten oder abzuschrecken? Nun, da werden empirische Belege gefordert, und die gibt es zum Beispiel an der Universität Zürich. Daran wird folgendes deutlich: Die Studentenzahlen in Zürich sind nach der Einführung der Studiengebühren stark zurückgegangen. Nicht zurückgegangen, sondern konstant geblieben, sind allerdings die Studienanfängerzahlen. Und das ist der entscheidende Unterschied! Zweiter Beleg: In Australien sind 1989 Studiengebühren eingeführt worden. Die Studienanfängerzahlen sind nach der Einführung gestiegen. Das heißt: Man kann davon nicht etwa die These ableiten, Studiengebühren würden zum Studium führen oder zu mehr Studierneigung, aber ich denke, es sind sehr viel mehr Faktoren, die eine Rolle spielen, ob studiert wird oder nicht. Und Studiengebühren scheinen eine außerordentlich nachgeordnete Rolle zu spielen. Nichtsdestotrotz bin ich der Meinung, daß es auf das Modell ankommt, das allem zugrunde liegt. In Australien sind 1979 von einer Labor-Regierung die Studiengebühren abgeschafft worden. 1989 sind nicht Studiengebühren fließend eingeführt worden, sondern Beiträge der Studenten zum Hochschulsystem, wieder von

einer Labor-Regierung. Dies geschah nach einem Darlehensmodell. Jeder ist zahlungspflichtig, aber nicht zwingend rückzahlungspflichtig, sondern erst dann, wenn er ein bestimmtes Einkommen erwirtschaftet. Die Rückzahlung erfolgt zusammen mit der Einkommensteuer. Damit wird erreicht, daß ein absolut sozialverträgliches Verfahren gewählt wird. Darüber hinaus ist dies ein überaus unbürokratisches Verfahren, das keinen weiteren Verwaltungsaufwand erfordert. Letzter Punkt: Wenn wir von etwa 1000,- Mark Studiengebühren sprechen, eine Zahl, die sich irgendwo eingebürgert hat, dann muß man sich das Verhältnis von öffentlichem und privaten Gut beim Studieren vor Augen führen. Es ist ja öfter die Rede vom kostenlosen Studium gewesen. Es gibt aber kein kostenloses Studium. Es wären also nach obiger Zahl 10 000 Mark für ein Studium von 10 Semestern aufzubringen, die als Darlehensschuld in Frage kämen. Es müßte politisch entschieden werden, ob dieses Darlehen nun verzinst wird. In



Professor Dr. Detlef Müller-Böling, Geschäftsführer des Centrum für Hochschulentwicklung, votiert für Studiengebühren im Rahmen eines umfassenden Reformkonzepts. Hingegen lehnt Gerd Köhler, Mitglied im Hauptvorstand der GEW, Studiengebühren ab. Der Generationenvertrag würde damit aufgehoben von denen, die in Amt und Würden sind.

Australien gibt es einen Inflationsausgleich. Dies würde den Hochschulen unmittelbar einen Betrag – die Scheinstudierenden kennen wir nicht – zwischen 3 Milliarden und 3,6 Milliarden Mark in die Kassen bringen. Wenn wir dann tatsächlich noch Effizienzgewinne durch Reformen erzielen, dann ist damit das Ziel erreicht. Die Gefahr eines Zugriffs der Finanzminister könnte zudem dadurch ge-

bannt werden, daß Sicherheitsmaßnahmen eingebaut würden. Ich denke, sie könnten dahingehend erfolgen, daß die Finanzausweisungen des Staates an die privaten Finanzierungen der Studierenden gekoppelt werden: Sprich 2000,- Mark kommen von den Studierenden und 9000,- Mark fließen vom Staat. Dann sind wir genau bei den 16 Milliarden Mark, die der Staat für die Hochschulen aufbringt. ■